

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus für einen Monat 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,25 Mark, ohne Sachdienungsgebühr. Berlin und Stadt: Vertriebsstellen für den Bezirk Halle-Merseburg: Köhler, Halle, Verdenstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Verlagspreis: 9 Geldfennig f. d. Hälfteljahr 850 u. Spalte; 28 Geldfennig f. d. Halbjahr im Zustellbezugspreis zu richten nach Halle, Verdenstraße 14. Tel. 1065, 1047, 1051. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Verlagskonto: Leipzig 1008 45 Reichs-Mark.

Einzelpreis 15 Pf.

Montag, den 25. August 1924

4. Jahrgang \* Nr. 147

## Die Propheten Morgans im Reichstag

### Die drei Männer im Feuerofen — Bürgerliche und SPD. verhängen den Belagerungszustand über die kommunistische Fraktion

(Eigener Bericht)

Berlin, 25. August.

**Stresemann:** Ganz Deutschland wird zur Reparationsprovinz werden!

**Herrmann Müller (Sozialdemokrat):** Sozialisierung ist ganz gemeiner Volksbetrug.

Die Kommunisten lassen den organisierten Reichstag nicht zur Ruhe kommen. Sie haben erklärt, alle Mittel der Obstruktion anzuwenden zu wollen. Sie werden alles tun, um die Annahme der Verfassungsgeetze unmöglich zu machen. Sie haben in der ersten Sitzung bereits die Auflösung des Reichstags verlangt.

Die sozialdemokratischen Demagogen hatten bereits vor einigen Tagen nach der Auflösung gedrungen. Wie immer, so war auch dieser Schrei nach der Auflösung eine eiserne Kommode. Sie wollten durch das Mandat der Deutschen nationalen die Rückwärts aus der Geschichte, in die sie sich verirrt hatten, aufzuweichen. Sie hatten sich aber auch eingebildet, wenn es trotzdem zur Auflösung komme, bei spärlichen Neuwahlen noch Erfolge erzielen zu können. Aber schnell mußten die Neuwahlen kommen, weil sonst durch neue Krisen, die die naturnotwendige Folge der Verwirklichung des Schlangenpaktes sein müßten, die Situation für die Vertreter des Parlamentarismus sich verschlechtern würde. Dazu hat ein neuer Aufstieg der kommunistischen Partei begonnen.

Da gibt es nun eine wiederliche Hebe des gesamten kleinbürgerlichen Geistes gegen die Kommunisten. Die gesamte Presse der Bourgeoisie, einschließlich der nationalliberalen Sozialdemokratie, heult über die „Unarten“ der unparlamentarischen Kommunisten. Man weiß, daß die Obstruktion ein Mittel der Kommunisten bei dem unterirdischen Parlamentarismus ist, die Staatsorgane diesmal eine ernsthaftere und wichtigere Rolle spielen, als je zuvor. Das Parlament wird das begreifen. Es wird nicht nur seine Vertreter im Morgan-Parlament Obstruktion treiben lassen; es wird in Tausenden von Massenfundgebungen diesen Reichstag als elendes Schmeicheleinstrument kennzeichnen. Der gesamten Bourgeoisie und ihren Agenten wird die Hölle heiß gemacht werden.

Drei „stolze“ Männer traten am Sonnabend auf. Drei Männer rühmten sich, mit Herriot, dem „sehr ehrenwerten“ Herrn James Ramsay MacDonald und Morgan an treuherzigsten Händedruck gewechselt zu haben. Nur einer dieser konnte sie sich nicht rühmen. Sie durften nicht im Stile von Chequers auf der grünen Wiese die ganz „demokratische“, „friedliche“ Schappsteine rauchen.

Also diese drei Männer, die drei „Kämpfer von London“, haben im Reichstag geredet. Der „große Tag“, auf den nach dem Abgeben der Spielerei die ganze Welt schaut, wobei man unter „die ganze Welt“ die Herren Morgan, Macdowell, Roudneur, Kotschik, Simms und Konforten verstehen muß — der „große Tag“ ist gewesen. In der Diplomatentage sah ein Ganse von den ganz großen dieser Welt. Vertreter aller möglichen imperialistischen Regierungen, Diplomaten mit ihren eleganten Damen; — aber die Welt des Parlamentarismus, die Welt der Verflachten, die lebenden und unterdrückten Massen, waren nur vertreten durch die paar Kommunisten.

Marx, deutscher Reichstagsler, von Morgans Gnaden, begann. Er wird begrüßt durch neue Zurufe der Kommunisten: „Annehme! Die separatistischen Sophisterei werden bezweifeln, wo bleiben die politischen Gefangenen? Dann nimmt Marx sein Manuskript und liest langsam und bedächtig Wort für Wort seiner vorzüglich geistigen Rede — vom Blatt — ab. Er erklärt, daß von Amerika, d. h. von den Bürowissen der Wall Street, der Friede der Welt, das Schicksal Deutschlands, ja Europas abhängt. Das Parlamentarismus, was das bedeutet: Deutschland eine Filiale der Firma Morgan & Co. . . .

Der Dr. Lutzer, Finanzdirektor der deutschen Abt. des Morgan-Konzerns, zeigt alle Gefahren, die der kapitalistischen Herrschaft drohen, falls der Schlangenpakt nicht unterzeichnet wird, auf. Dr. Lutzer wird nicht müde, den Herrlichen und höchsten Teil seiner Auftraggeber vor einer Wiederholung des Herbstes 1923 zu warnen. Seine deutet er die Gefahr des neuen Gespenstes der proletarischen Revolution an. Er verspricht der Bourgeoisie nach Unterzeichnung des Pakts von London Stabilität der Währung, Ruhe und Ordnung im heiligen morganschen Reiche deutscher Nation. Der ganz ehrenwerte Gentleman täuscht sich. Der Beginn der Verwirklichung der Dawes-Gelehe wird nicht nur dem Prole-

tarat, sondern dem ganzen Volke die Verlogenheit der bürgerlich-sozialdemokratischen Agenten der kapitalistischen Räuber mit der ewigen Wiederholung betrügerischer Schwabereien zeigen. Die proletarische Revolution wird erneut ihr Haupt erheben. . . .

Stresemann läßt alle Mienen bringen. Er erzählt von London. Er behauptet, er droht den Deutschen Nationalen. Er macht sich trefflich die Phrasen von Weltschmerz, von Sozialismus, von Demokratie der Männer von drüben zu eigen. Man meint fast, Rudi Breitscheid, der Parteiaufgabenminister der SPD, vor sich zu sehen. Vergessen hat Stresemann alles, was er vor der Wahlkampagne und auf dem volksparteilichen Parteitag seinen Zuhörern an nationalen Phrasen vorgedroschen hat. Nur eins fehlt ihm noch: Er hat noch nicht die Eleganz in der Predigt des Weltfriedens und der Veröhnung, wie der Dalai Lama der 2. Internationalen und der britischen Sozialdemokraten, der sehr ehrenwerte James Ramsay MacDonald. Man lo weit kann Stresemann auch noch nicht sein: Ihn fehlt die Kriegskolonne des weltlichen Oberpäpsten, ihm fehlt auch die Weltlichkeit, in den Kolonien aus Flugzeugen Bomben auf die aufwiegliche Bevölkerung werfen zu lassen. Willst du Stresemann es auch ohne dies noch dahin bringen. Erklärte er doch pathetisch: Wenn Deutschland jetzt als Ganzes zur Reparationsprovinz geworden ist. . . .

Der Reichsoberhand der Industrie hat den Londoner Pakt angenommen. Die Profite — wenn auch etwas geschmälert — müssen doch vor dem Parlamentarismus geföhrt werden. Der Reichstag der Industrieökonomie, sollte er nicht daselbst fertig bringen? Stresemann pries den Reichsoberhand der Industrie und dessen „Verstand und nüchternen Erwägung“. Heute noch ist der Reichsoberhand der Industrie der wahre Herrscher Deutschlands. Morgen schon wird er gemeinsam mit den Morgan & Co. Deutschlands Gefolge lenken.

Der lange Herrmann Müller, Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei, ist Zeuge und Einseitiger. So-

zialismus? Sozialisierung? „Die Sozialisierung markiert“, wie es 1919 von der Regierung der Reichsauftragtragen herrlich an allen Zirkulären plakatiert wurde? „Das waren wohl „Kinderkrankheiten“? Jetzt ist's anders. Der lange Raban verflucht zum Staunen der Menschheit: „Das Sozialisierungsgelei ist ganz gemeiner Volksbetrug!“ Solange ein Herrmann Müller als Lafai sich in dem fürchterlichen „Hohen Haus“, genannt Deutscher Reichstag, derart gebärden kann, kann die Ausbeuterklasse singen: „Lieb Vaterland magst ruhig sein. . .“

Indem die drei Männer unter Aufsicht des Herrmann Müller im Feuerofen den Londoner Pakt auslegten, verteidigten, verzerrten und vertraten sie, preisend mit viel schönen Reden, die Rettung der deutschen Bourgeoisie. Indem sie die Rettung der Bourgeoisie vertraten, waren sie die Agenten der neuen großen heiligen Allianz der Amerikaner, Engländer, Franzosen, Belgier, Italiener, Spanier usw. usw. gegen die Revolution. Stresemann erklärt, daß die Gläubiger Interesse hätten am Abschließen des Schulden. Kamoh, sie haben Interesse am Abschließen des deutschen Kapitalismus, damit er ihnen als Sturmbod gegen die wachsende proletarische Macht dienen soll.

Das kapitalistische Weltbündnis gegen Sowjet-Rußland und die Proletariat aller Länder ist in London geschlossen.

Das Proletariat aber wird lebend. Es schaut weder nach der Londoner City, noch nach der New Yorker Wallstreet.

Es schaut nach den roten Sowjetbannern, die auf dem Volkwerk der Weltrevolution über Moskau wehen.

Die kapitalistische Republik unter dem Proletariat der amerikanischen-englisch-französischen Imperialisten oder — die Kaiserrepublik Deutschland im Bunde mit Sowjet-Rußland? —

London oder Moskau? — So ist die Frage unerbittlich gestellt!

(Reichstagsbericht Seite 3)

## Hinein in das Bernide-Kartell!

### Vorwärts zur Offensive gegen den Reformismus!

Das alte Kartell Halle-Merseburg war eine unerlässliche Stütze des Proletariats in allen Kämpfen. Als revolutionäre eingestellt, war es sich bewußt, daß die Verbesserung der proletarischen Lebenshaltung nur das Ergebnis eines einheitlichen und geschlossenen Kampfes auf der ganzen Linie sein kann. Selbst in Kämpfen kleiner Gruppen der Arbeiterschaft hatte es die ganze Kraft der Organisation mit Erfolg in die Wagchale zu werfen verstanden.

Dieses revolutionäre Kartell war für die reformistische Gewerkschaftsbureaucratie eine händige Gefahr. Die UGB-Reformisten fürchteten für den Bestand der kapitalistischen Wirtschaft. Für sie galt es, den kapitalistischen Aufbau zu vollziehen und nicht durch erfolgreiche Kämpfe die Ausbeuterwirtschaft zu erschüttern und die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern.

Es gründeten deshalb am 30. März 1924 das Provinz-kartell für die Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt. Sie glaubten in den Einfluß der oppositionellen Organisationen im Bezirk Halle-Merseburg unterbinden zu können. Das Kartell Halle-Merseburg wurde kurzerhand aufgelöst. Durch ein paar Bureaucraten wurde der Belshus geföhrt, das Bezirkskartell in das Provinz-kartell zu überführen. An die Spitze des Provinz-kartells wurde der berichtigte Kapitalistenfuchs Bernide aejst.

Die meisten Ortsauschüsse lehnten es ab, unter diesem verführerischen Reformisten zu arbeiten. Große Massen traten aus dem Gewerkschaften aus. Bernide mußte die Schwächung

und Zerplitterung in der revolutionären Gewerkschaftsarbeit aus; um seinen Einfluß zu heftigen.

Fünf Monate konnte Bernide seine gewerkschaftliche Zerplitterungsarbeit betreiben. Fünf Monate haben die Massen bewußten Arbeiter dem Treiben dieses Kapitalfuchses zugehört. Jetzt ist's genug!

Die Offensive gegen den Reformismus beginnt!

Kollegen und Genossen!

Die kommunistische Partei fordert Euch auf, mit aller Schärfe den Kampf gegen die Kapitalfuchse aufzunehmen! Das Kartell muß die freien Gewerkschaften. Hinweg mit der Gleichgültigkeit! Schluß mit der Passivität! Alle, die Ihr jetzt anorganisiert seid, jetzt sofort geschlossen in die freien Gewerkschaften zurück! In kurzer Zeit darf kein Arbeiter außerhalb seiner gewerkschaftlichen Organisation sein. Sorgt dafür, daß alle Kartelle, die sich dem Bernide-Kartell noch nicht angeschlossen haben, den Arbeit sofort aufgelöst!

Schlagt dem Bernide auf seinem eigenen Boden!

Kämpft für die Aufnahme aller ausgeschlossenen revolutionären Arbeiter!

Es lebe die einheitliche revolutionäre Gewerkschaftsbewegung Mitteldeutschlands!

Es lebe der Kampf gegen den Reformismus!

Es lebe der Kampf gegen den internationalen Krieger!

Halle, Magdeburg, den 25. August 1924.

Kommunistische Partei Deutschlands — Kommunistische Jugend Deutschlands  
Bezirke Halle-Merseburg und Magdeburg-Anhalt

# Umfall der Deutschnationalen perfekt

Geben die Abstimmung frei ...

(Eig. Draht.) Berlin, 23. August.

Es verlautet, daß die Deutschnationale Volkspartei die Abstimmung freigegeben habe. Tirpitz, Herzog, Wallraf und Baille treten für Annahme des Londoner Distakts ein. Die Deutschnationalen betonen die Rückständigkeit des besetzten Gebietes, um so ihren Umfall vorzutragen. Nach der Deutschnationalen Volkspartei verfehlt auch das Zentrum, mit dem Deutschnationalen in Fühlung zu kommen irgend eine Bildung eines Bündnisses.

Wir haben diesen Umfall vorausgesehen. Alles Absehungsgeheim war nur Abwehr für die Wählermassen und Druckmittel gegen die Regierung. Abstimmung freigegeben, das heißt: die notwendige Zweidrittelmehrheit sichern. Aber ein paar Deutschnationale werden doch unentwegt bleiben. Sozialisten, Renommierte aber wegen der „nationalen Balance“.

Nun ist die Situation klar: Die einzigen Kämpfer gegen London sind die Kommunisten! Alle andern drängen sich um Ertrabissen an der Morgens-Tafel. Und die deutschen Massen, was haben die zu sagen?

## Massenbetriebsstilllegungen in Sachsen

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ teilen mit: „In der Zeit vom 1. bis 15. August sind beim Arbeits- und Wohlfahrtsministerium 86 Anzeigen über beschäftigte Arbeiter in Betrieben oder Stilllegungen eingegangen. Davon entfallen auf Eisenwerke 6 und auf Glas- und Glashütten 4 Anzeigen. Die Betriebsstilllegungen sind 4 Anzeigen vertreten. Am häufigsten ist wiederum die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate beteiligt: von hier liefen 28 Anzeigen ein. 3 Anzeigen betreffen die chemische Industrie, 11 die Textilindustrie, 3 die Papierindustrie, 4 die der Holz- und Schnitzerei. Von Betriebsstilllegungen sind 4 Anzeigen eingelaufen, von Jäger 3, aus dem Bergbau 2.“

Erst vor einigen Tagen teilten wir mit, daß selbst die bürgerliche Presse im Kohlenbergbau mit Arbeitsstilllegungen größten Stiles rechnete. Die 86 Betriebsstilllegungen in Sachsen allein in einem halben Monat (!) zeigen, welchen Umfang die Produktionsstille bereits angenommen hat. Als deren Opfer liegen über eine halbe Million Arbeiter hungern auf der Straße. Und dazu droht die Durchführung der Londoner Abkommens, wie selbst die kapitalistischen Blätter zugeben, mit einer weiteren Verzerrung der Produktionsbasis!

Der kommunistische Sozialisierungsgeheimrat zeigt dem deutschen Arbeiter, wie eine Änderung dieser grauenvollen Lage möglich ist.

## 600 oftpreußische Eisenbahner gefündigt!

Königsberg, 23. August.

In den letzten Tagen wurden in Preußen 600 Eisenbahner der Kündigung vom 1. September zugewiesen. In Königsberg allein beträgt die Zahl der auf die Straße Geworfenen 200. Es ist jedoch nur der Anfang. Neue Entlassungen liegen bevor.

## Antwort der hungernden Erwerbslosen

(Eig. Draht.) Düsseldorf, 25. August.

Am Sonnabend mittag wurde auf dem Arbeitsamt der Raum der Spruchkommission von erbitterten Erwerbslosen vollständig zusammengekauert. Von der geplanten Einrichtung blieb auch nicht ein Stück ganz. Die Wut der hungernden Erwerbslosen war so groß, daß selbst schwere eiserne Tische und Stühle wie Perlmutter zerfallen wurden. Die Herren der Spruchkommission konnten sich nur beschließen auf dem Staube machen. Die Ursachen des Notleidens und die Art der Forderung der Erwerbslosenunterstützung, die von der Spruchkommission oftmals militärisch abgelehnt wurden.

## Dinter in der Nervenheilkunst

Zeig bis auf die Knochen

Weimar, 23. August.

Gegen den Fraktionsführer der Dötschigen, Dr. Dinter, soll angeblich wegen der Anbahnung seiner Forderung am Sonntag — in der er die Regierung „an den Galgen“ mitnahm — das Verbot der Versammlungsbefugnisse erlassen worden. Der Wortlaut der Rede unterliegt augenblicklich der Prüfung der zuständigen Stellen in Berlin. Ein Verbot ist noch nicht erfolgt worden. Dinter hat die Regierung in Berlin an ein erhebliches Vorgehen nicht denken wird, hat der ablehnende Satz bereits das Weite gesucht. Wie jetzt bekannt wird, hat er sich in eine Nervenheilanstalt nach Jena begeben.

## Reichsbanner-Überfall auf Kommunisten

(Eig. Draht.) Berlin, 25. August.

In Apenzell hielt am Freitagabend die RPD, eine Versammlung ab, die sich mit der Frage Reichsbanner, SPD, Infrastruktur des Kapitalismus befaßte. 1000 Arbeiter hatten sich eingeschrieben. Die anwesenden Reichsbannerleiter führten den Referenten und verließen eine Schar, die bei der Rede über sich selbst abhandelte. Mit einigen Beifallern zogen sie ab, nachdem sie vorher Polizei zu ihrem Schutze beordert hatten.

## Politische Notizen

Hunderttausend Erwerbslose in Berlin. Das Berliner Landesarbeitsamt teilt mit, daß die Erwerbslosenliste in Berlin nunmehr die Zahl Hunderttausend überschritten habe. Von diesen werden gerade ein Drittel unterstützt, zwei Drittel gehen völlig leer aus. Und dies angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten!

Die soziale Partei verbot — ein Verbotsgesetz. Das Parteivorstandsgeschäft hat mit Arbeit, die wegen Fortführung der Partei im Herbst vorigen Jahres angetreten waren, freigesprochen. Das Gericht hielt sich auf dem Standpunkt, daß diese Partei kein Recht habe, keine verfassungsmäßige Gewalt auf eine andere Person, also auf Seest zu übertragen. Dieser Freispruch zeigt die Unzulänglichkeit der 7000 Beurlaubungen, die unter genau demselben Vorwand der Verfassung erfolgt sind.

Verhaftungsbefehl verleiht den Knäpfe! Die illustrierte Zeitschrift in Düsseldorf verboten worden. Grund: Eine in Nr. 5 enthaltene Zeichnung, welche die Humpelkammer des Imperialismus charakterisiert.

Neue Saarman-Erhüllungen. Unter hannoverschen Bundesrat, die „N. A. Z.“, legt den Vorklärungsbericht im Fall Saarman vor. Sie stellt sich gegenüber allen anderen Meldungen, daß der Saarman durch den bisherigen Lohn bis zum 3. Oktober unverändert fortbleibt. Für das besetzte Gebiet soll die Sonderzulage zugebaut werden.

Verlängerung des Bundesrats-Schiedspruches. Für das Bundesratsgericht wurde am 23. August durch einen vom Reichsarbeitsministerium eingehenden Schiedspruchausweis ein Schiedspruch bittig gefällt. Der bisherige Lohn bis zum 3. Oktober unverändert fortbleibt. Für das besetzte Gebiet soll die Sonderzulage zugebaut werden.

# Der Hegenkessel auf dem Balkan

Kommunistenverfolgungen überall

(Eig. Draht.) Belgrad, 23. August.

Auf Anordnung des Polizeipräsidenten ist eine Gruppe von 15 bis 20 Kommunisten verhaftet worden; sie wurden in einer geheimen Sitzung von der Polizei überführt. Unter den Verhafteten befindet sich der Getreide der Unabhängigen Mazedonien Arbeiterpartei Stefan Ivanov, der als Delegierter des russischen Volkskongresses bekannt ist und einen großen Ruf bei der Arbeiterschaft genießt.

Diese neuen Verfolgungen des „linken“ jugoslawischen Kabinetts Davidowitsch kennzeichnen den „positivsten“ Schritt von der Regierung zu gehen entschlossen ist. Es ist notwendig, daß die Bauernpartei Raditsch, die die jegliche Regierungsmehrheit unterhält, mit aller Schärfe sich dagegen wehrt, daß das neue Kabinett in die Fußstapfen Raditschs tritt. Der Grund der Verhaftungen ist in der Furcht der Balkanregierung vor der Propaganda und vereinigten Aktion der kommunistischen Partei zu suchen.

Besonders gefährlich für die serbische Regierung ist die Tatsache, daß auch die mazedonische Arbeiterschaft in immer größerer Zahl sich dem Kommunismus zuwendet. Das bringt auch die bulgarische Blätterregierung in immer größerer Anzahl. Folgende Meldung charakterisiert ihre Schredenverhaftung:

Die Informationsstelle der bulgarischen Bauernpartei in Prag hat von der bulgarischen Grenze Notizen erhalten, nach denen die Zantow-Regierung am 6. August gegen die Mitglieder der Oppositionspartei einen systematischen Terror eingeleitet hat. Die neuen Nachrichten melden unter anderem:

Golepov Janew und Michael Gorojov sind aus Sofia ins Ausland geschickt worden, um auf diese Weise wie Desastros auch Alexander Doyov und Nikola Manajov zu erwidern. In Bulgarien wurden im Laufe der letzten Woche 600 Mitglieder des Bauernbundes verhaftet, deren massenhaft Ermordung vorbereitet wird. Mit dem Morden war schon am 6. August begonnen worden, als vier Angehörige der Oppositionspartei aus einer Kaserne des Hauptquartiers verschleppt wurden. Am nächsten Tage wurden ihre unermittelten Körper in Marial gefunden. Den Mord verübten die Agenten des Prof. Janew.

Die ehemaligen Minister Janew und Panow, obwohl vom Gericht freigesprochen, wurden von neuem gemeinsam mit dem Generalsekretär der Bauernpartei Ivanow verhaftet und eingekerkert. Auch sie erwartet das tragische Schicksal, erwidert zu werden. Eine nicht weniger wilde Persekution wurde gegen die Arbeiter und die Intelligenz eingeleitet, besonders gegen die Kommunisten. Ihre Brutalität sucht die Regierung durch folgende Meldung zu entschuldigen:

(Eig. Draht.) Sofia, 23. August.

Nach den Waffenkisten an der Schwarzsee Meer-Rüste haben die bulgarischen Behörden weitere ansehende ebenfalls russische Waffenlager auch im Innern des Landes angehebt. Bisher sind an sieben Stellen Waffen gefunden worden. Es ist bereits gelungen, die meisten der Schmutzlinge zu verhaften. Um weiteren

Waffenhandel zu verhindern, treuen im Einvernehmen mit der bulgarischen Regierung drei rumänische Schiffschiffe an der gelamten bulgarischen Schwarzsee Meer-Rüste, gleichzeitig patrouillieren zu demselben Zweck zwei rumänische Monitore längs der bulgarischen Küste auf der Donau.

Die Glaubwürdigkeit dieser Berichte über russische Waffenlieferungen für die bulgarischen Kommunisten ist nicht höher zu veranschlagen, als die deutschen Meldungen über französische, mit Gold gefüllte Autos für die russische Regierung zu Anfang des Krieges. Wie groß aber die Gefahr des Aufstehens des gemarterten Volkes ist, beweist die Tatsache, daß die rumänische Regierung zur See ihre Schiffschiffe und zu Lande ihre Her der bulgarischen Blätterregierungen zu Hilfe eilt. Denn wie groß auch immer die Sänteriten und Streitigkeiten der Regierungen untereinander sein mögen, gegen die Kommunisten haben sie immer eine Einigkeitstendenz. So erging auch die rumänische Regierung ihre außenpolitische Offensive gegen die Revolution durch innenpolitischen Terror. Darüber orientiert folgendes Drahttelegramm:

(Eig. Draht.) Bukarest, 23. August.

In Bukarest sind 20 rumänische Kommunisten verhaftet worden. Inessarabien wurde wiederum ein großes Waffenlager entdeckt. Man nimmt an, daß die Waffen über die russische Grenze eingeschmuggelt worden sind.

## Vor einem Offiziersputz in Griechenland?

Griechische Offiziere verweigern den Gehorham

(Eig. Draht.) Athen, 23. August.

Die Unzufriedenheit unter den griechischen Marineoffizieren nimmt von Tag zu Tag zu und bringt die griechische Regierung in eine äußerst ernste Lage. Die Kommandanten und andere höhere Offiziere haben Beschlüsse gefaßt, sich heute früh im Marinehafen einzufinden, um abgemacht zu werden. Verschiedene Kommandanten haben sich bereits schriftlich gemeldet, zu erscheinen. Der Kapitän Kallitragis vom Kriegsschiff „Averoff“, der wegen eines Telegramms an die Regierung über die Verabreichung verfehlender Offiziere in Athen in der Vergangenheit in Athen verurteilt worden ist, hat mitgeteilt, daß er das Schicksal nicht verfehlen wird. Die Zahl der Unzufriedenen nimmt täglich zu. Die Lage ist äußerst ernst. In Regierungskreisen rechnet man damit, daß der größte Teil der Marine der Regierung den Gehorham verweigern wird.

Befehl zur Abrüstung

(wh.) Athen, 23. August. (Draht.) Die „Agence d'Athènes“ meldet: Anfolge des bisjubiläumigen Telegramms des Kommandanten Kallitragis an die Regierung, hat die gesamte Flotte Beschlüsse gefaßt, sich heute früh zum Marinehafen zu begeben, um dort abgemacht zu werden. Die Befehlungen werden unbegründet nicht erfüllt werden. Sollte sich Kallitragis dem Beschl nicht fügen, werden strenge Maßnahmen gegen ihn zur Anwendung kommen.

# Vertrauensvotum für Herriot

(Eig. Draht.) Paris, 25. August.

Die Kammerdebatte über das Ergebnis der Londoner Konferenz wurde beendet. Der Regierung Herriot wurde mit 336 gegen 204 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Für die Vertrauensresolution stimmte auch die Gruppe Loucheur. In der Vertrauensresolution heißt es: „Die Kammer beglückwünscht die Regierung, dem Schiedsgericht bei dem Londoner Abkommen zur Annahme verfallen und dadurch den Unterhändlern gestattet zu haben, zu einer praktischen und friedlichen Lösung des Reparationsproblems zu kommen.“

Die französische Bourgeoisie ist also mit Herriot, der ihre Interessen elastischer, geschickter, mit mehr tauschenden Worten vertritt, einverstanden. Scharf und entschieden ist aber der Kampf der französischen Kommunisten gegen den „linken“ Herriot.

Im Verlaufe der letzten Kammerdebatte führte Genosse Gachin aus: Der General Dames ist der Vertreter der mächtigen amerikanischen Finanzaristokratie und der Dames-Plan ausgearbeitet worden. Er ist nichts als ein brutaler Einwirkungsplan der Großfinanz auf die Angelegenheiten der Völker geblieben. Der Plan antwortet in der industriellen Klassenpolitik, denn er richtet sich gegen das internationale Proletariat, dem verflucht werden soll, damit die Bourgeoisie inaniert werde und weiterhin Genosse einleitet dann: „Dames' Plan ist die die Kommunisten den Plan billigen. Trotz der linken Regierung, die von Unterführung der Sozialdemokraten redet, verleihe der Kapitalismus, seine Herrschaft über die ganze Welt auszuüben, aber der Wut der Vinten und die Sozialisten stimmen eine Gegenrede dem Dames-Gutachten zu. Die Kommunistische Partei, die über eine Million Wähler vertritt, wogere sich energig, die Londoner Ergebnisse gutzuheißen. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten).“

Paris, 25. August.

Der kommunistische Abgeordnete Ernest Lafont soll die Regierung interpellieren wollen über die Handelslösen und ruinösen Maßnahmen des Schiedsgerichts über Eisenbahnverhältnisse, die während der angedeuteten Verhandlungen genügend besprochen konnten, denen bei ihnen loszulassen praktisch Verenden für zwei Stunden mindestens 20 Franken bezahlt.

## Frankzösische Bourgeoisie gegen RPD.

Ebenso wie die deutsche Bourgeoisie ihre eigenen Organe geschaffen hat zur Bekämpfung der kommunistischen Partei, so wendet sich auch die französische Bourgeoisie mit verstärkter Aufmerksamkeit der RPD zu.

Der „Temps“ wendet sich gegen die Betriebszellenarbeit der kommunistischen Partei, die Zellen sollen als Grundorgan der kommunistischen Partei dienen. Die französische Kommunistische Partei verurteilt hunderten Kampf für den Klassenkampf aufzufüllen. Sie will die Zellen eine Kampferorganisation schaffen, die unzerstörbar für das Proletariat arbeiten kann. Der „Temps“ greift dann weiter die kommunistischen Zellen an und verurteilt die Defensivität der Betriebszellenarbeit der RPD, mocht zu machen.

Der Angriff des „Temps“ ist der beste Beweis für die Zeit dem 5. Weltkongress gekelterte Aktivität unserer französischen Genossen.

Paris, 25. August.

## Der Mainzer Kommunistenprozess vertagt!

Wie die „Humanität“ mitteilt, hat Herriot den Befehl gegeben, daß der Prozess gegen die Kommunisten im Rheinlande, der am 25. August verhandelt werden sollte, auf unbestimmte Zeit vertagt wird.

Von einer Selbstentlassung kein Wort. Herriot will jedenfalls versuchen, sich durch die kleine Konfession vor der Umwertung der wegen antimilitärischer Propaganda inhaftierten Geistes zu drücken. Sie sind einander wichtig: dieser Herriot und die deutsche Regierung mit ihrer 700tausend bedingungs- und zuchtbedingende.

Frankreich erhebt 26 Prozent Einfuhrabgaben an deutsche Waren

(Eig. Draht.) Paris, 25. August.

Nach dem Vorbild Englands wird Frankreich auf deutsche Waren eine 26prozentige Einfuhrabgabe erheben, die angeblich in die Reparationskasse fließen soll.

## Die französische Hafenarbeiterchaft bleibt leif

(Eig. Draht.) Le Harre, 25. August.

Im Einverständnis mit dem sozialdemokratischen Handelsminister haben die Arbeiterverbände der französischen Arbeiterchaft erneut eine Vorüberhebung von drei Monaten angeboten. Die Streikleitung hat diesen Vorschlag abgelehnt. Zugewiesen hat Herr Renee und die reformistischen Gewerkschaften eifrig dabei, durch die Organisierung eines systematischen Streikbundes den Streik auszuweiten. Heute war es den Unternehmern wieder möglich, zwei Schiffe auszuladen zu lassen. Eine Annäherung von Streikenden, die gegen das Vorgehen der Reformisten protestierten, wurde durch herabgesetzte Polizei auseinandergejagt. Vier Verhandlungen wurden vorgenommen.

## Weitere Ausdehnung der Streikbewegung in Belgien

(Eig. Draht.) Brüssel, 25. August.

Unter dem Druck der Massen sehen sich die Reformisten gezwungen, eine Sitzung der Landeszentrale der Bergarbeiterverbände einzuberufen, um über die Maßnahmen zu beraten, die eine Ausdehnung der Streikbewegung herbeiführen können. Die Reformisten den Streik zu Ende geraten haben, wird die Arbeiterchaft selbst alles tun, was zur Unterführung der kämpfenden Klassenmassen erforderlich ist. Es machen sich schon jetzt Anstalten, die die Arbeiterchaft gegen die Organisations- und die belgischen Industriezentren hinweisen. Inzwischen sehen die Reformisten große Hoffnungen auf die Verhandlungen innerhalb der gemäßigten Kommunisten.

## Der Streik der Transportarbeiter in London

(Eig. Draht.) London, 25. August.

Ein neuer Versuch des Arbeitsministers, eine Einigung herbeizuführen, ist gescheitert. Die Unternehmersonorganisationen haben sich geweigert, an Verhandlungen teilzunehmen. In ganz England folgen die Eisenbahner und Dockarbeiter dem Beispiel der Londoner Transportarbeiter. In einer großen Transportarbeiterversammlung in Manchester wurde beschlossen, die Londoner Transportarbeiter mit allen Mitteln, auch mit finanziellen, zu unterstützen.

Die Unternehmern haben den Versuch gemacht, in direkte Verhandlungen mit ihren Arbeitern zu treten. Ein diesbezüglicher Versuch wurde von den Arbeitern abgelehnt. Inzwischen haben die Arbeiter sich in London zu einer großen Versammlung vereinigt. In dieser Versammlung wurde beschlossen, die Arbeiter zu einer großen Demonstration in London am 4. und 5. September (1. und 2. September) aufzuführen und die Demonstration in London für die Arbeiter zu organisieren.

# Deutscher Reichstag Sitzungsbericht\*)

(Eig. Drahtm.) Berlin, 23. August.

Walfraf, der wegen seiner gefälligen plumpen Proklamation überall als Walfraf bezeichnet wird, verließ nach Eröffnung der Sitzung das Protokollbüreau des Grafen v. Helldorf, in dem dieser festhielt, daß er 1. die Anordnungen des Präsidenten im Zutritt gar nicht befolgen könne und daß sein Ausschluß wegen des Rufes „Mmecht!“ völlig unrechtmäßig sei. Dieser Einpruch wird auf die Tagesordnung gesetzt.

## Reichstagsler März

Wird mit minutenlangen förmlichen Rufen der Kommunisten empfangen: „Ammie!“ Heraus mit den 7000! „Ammie, Herr Justizminister!“ Er beginnt: Die Regierung lege das Erbe des Londoner Konferenz vor und erbiete die Zustimmung zu den Beschlüssen und zu den erforderlichen Gesetzen. Das Scherzhafteste dabei sei das Grundgesetz angenommen, obwohl sich in dem Reichstag die schwersten Opfer ereignet. Die deutsche Reichstagsversammlung aber habe eine viel weitergehende Bedeutung, weil es sich um die Durchführung und endgültige Annahme des Grundgesetzes und der tief eingetragenen neuen Verfassung, logar um Abweidung der Verfallung handle. Die Regierung würde sich nicht eines in London erlangten Erfolges, „Gutachten“ sei nicht erkrankt. Die deutsche Delegation habe Milderungen erreicht zur Wahrung der nationalen Würde. (Stürmische, ironische Jurufe bei den Kommunisten: „Landesverrat! Menschenhändler!“) Jedenfalls habe die deutsche Delegation zum ersten Mal in gleichbedeutender Weise Verhandlung mit der Regierung geführt. (Stürmische Jurufe bei den Kommunisten: „Schönliche Lügen und Jurufe der Kommunisten“)

Der deutsche Delegation habe vor allem die Klärung der belagerten Gebiete am festesten begehrt. Das Ergebnis entspreche deshalb nicht der Schmach, weil den Parteien in London durch stärkere Faktoren die interalliierten Schulden die Hände gebunden gewesen seien.

Man habe immerhin erreicht, daß über die militärische Räumung wenigstens verhandelt worden ist. — Zu Jugendmännern dabei sei die Delegation durch die Aussicht auf das „wirtschaftlich günstigere Ergebnis“ benannt worden. Ob die deutsche Delegation durch Anknüpfung der Verhandlung hätte hindern dürfen? Die Verantwortung für Ablehnung und Verhinderung einer „erträglichen Lösung der Reparationsfrage“ habe die Delegation nicht übernehmen können. Die französischen und belgischen Ministerpräsidenten hätten die Räumung der Ruhr bis 15. August 1923 befristet und Herrriot, ein Mann von „christlichen Werten“, habe logar unter gewissen Bedingungen noch schnellere Räumung versprochen. Er werde zum „Beweis seiner christlichen Absicht“ am Tage nach der Unterzeichnung des Londoner Paktes die Zone Dortmund-Sörde-Lünen räumen lassen. „Reiner habe Frankreich, Belgien und England die Räumung auch der Sanctionsgebiete Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zugleich mit der Räumung zugesichert. Die stufenweise Räumung des Ruhrgebietes habe Herrriot als unmöglich abgelehnt. Man habe vor einer ernsten Alternative. Bei Ablehnung des Londoner Paktes komme die Chance nicht leicht wieder und die „über alles Erwarteten weitgehende Anteilnahme der amerikanischen Welt“ drabe zu scheitern. Die Folgen einer Ablehnung auf die „Haltung Amerikas, von dem wirtschaftlich Europa schiefel abhängig“, seien nicht abzusehen. (Stürmische Zustimmung der Kommunisten.)

Die Entschiedenheit des Reichstages bedeute für Deutschland den Segen oder Fluch. — In dieser Stunde der Entscheidung über Deutschlands Schicksal habe die deutsche Delegation die höchste materielle Pflicht auf die Durchführung drabender Gefahren hingewiesen. (Weißel bei den Reiterungsparieren, langandauernde Jurufe der Kommunisten, Schweigen bei den Deutschnationalen.)

## Finanzminister Luther

Wird mit noch stärkeren Rufen der Kommunisten empfangen. Fortwährend: „Oberfläche!“ Der Luther, aus dem Häuschen abdrabt, ruf den Kommunisten während zu: „Die Wahrheit ist! Die Finanzen unangenehm zu sein.“ Die Erzeugung liegt noch mehr: „Schöne Wahrheit die Verfassungsmäßigkeit!“ Walfraf warnt und drabt und erteilt dem Genossen Epstein einen Ermahnungsruf. Die Urnote wagt.

Luther beginnt mit der Erklärung, er wolle nun das Gegenbild zeigen. Die Folgen, die durch Ablehnung eintreten würden. Die Gesamtwirtschaft befinde sich in einer schweren Krise. Die Erwerbslosigkeit habe seit dem Juni fast zugenommen. Im unbesetzten Gebiet habe sich die Zahl von 210 000 Erwerbslosen am 1. Juni auf rund 325 000 am 1. August, also um 60 Prozent in zwei Monaten erhöht, und zwar unter Ausschluß der Zahl der Kurzarbeiter und der nichtunterrichteten Erwerbslosen. In diesen Monaten sei sonst regelmäßig wegen des geringeren Bedarfs der Landwirtschaft die Erwerbslosigkeit gefallen. Nach Aufhebung der Arbeitsbeschränkung in der Landwirtschaft werde die Erwerbslosigkeit erst mit aller Schwere ausbrechen. Im besetzten Gebiet seien von 450 000 Kohlenarbeitern im Ruhrgebiet bereits 80 000 erwerbslos und im ganzen Reich haben mehrere Entlassungen bevor.

Der Stand der Handelsbilanz sei gekennzeichnet durch einen Einbußeüberschuss von 1,6 Milliarden Mark im ersten Halbjahr 1924 bei gleichbleibender Ausfuhr von 450 bis 500 Millionen. — Wit

\*) Einjährig siehe 1. Seite.

Bezug auf die Finanzlage: Das Reich könne zwar kurzzeit keine laufenden Verpflichtungen noch erfüllen, aber die einmaligen Entnahmen (Rentenmarktschuld, einmalige Steuerentnahmen, Obligationen usw.) lehren nicht wieder. Die Summe, zusammen mit dem Reichsbankrott, der Steuererträge, die im Laufe des Jahres abgenommen. Ohne Annahme des Londoner Beschlusses sei kein Weg mit einer Vermehrung, sondern mit einer Verminderung der Entnahmen zu rechnen. Die Beamtengehälter und Sozialunterstützungen können kaum mehr herangezogen werden. Die Wirtschaft des besetzten Gebietes könne die Währungsverträge nicht mehr allein tragen, lo daß

eine völlige wirtschaftliche und soziale Katastrophe bevorstehe! (Stürmische Ruf der Kommunisten: „Die Revolution marschiert!“) Luther sagt das Gelerntergebnis folgendermaßen zusammen: 1. Seit der Stabilisierung ist ein erheblicher Zustich aus einmaligen Entnahmen zur Aufrechterhaltung der Finanzen notwendig geworden. 2. Die laufenden Entnahmen würden bei Nichtannahme angedeihen der Notlage „unserer Wirtschaft“ zurückgehen. 3. Die Ausgaben des Reiches werden sich vermehren. Folgen einer Ablehnung: Die Kreditnot würde stark steigen. Die Hoffnungen auf die wirtschaftliche Ordnung Europas und das Vertrauen auf die Rentenmarkt würde erschüttert. Die Rückwirkung auf das in Deutschland vorhandene ausländische Geld würde nicht ausbleiben. So mühte die Zeit kommen, wo Länder und Gebieten nicht mehr ihre einflussreichen Aufgaben erfüllen könnten. Eine neue Insultation (Ruf: „Vorbrecher!“) würde

schnell die Zustände des letzten Herbstes hervorgerufen.

Derum münte der Zustand „unserer Wirtschaft“ zur Annahme. (Protokollruf bei den Kommunisten.) Durch das Londoner Abkommen aber sei Rhein und Ruhr keine Reparationserträge mehr. Wäre bei den Kommunisten: „Recht wird ganz Deutschland Reparationserträge und Kolonial!“ Die Gesamtlage des Abkommens seien allerdings außerordentlich hoch und die Eingriffe in das Leben Deutschlands außerordentlich schwer, aber nur bei Annahme gebe es gewisse Erleichterungen. Abban der Eisenbahntarife, Herabsetzung der langfristigen ausländische Kredite. Schrittmaßen dafür sei die 800-Millionen Mark, die die alliierten Regierungen hätten von sich aus den Wunsch nach Verwirklichung der Anleihe ausgedrückt.

Luther schließt unter steigender Erregung und schärfsten Jurufen der Kommunisten, unter Gelächter bei den Deutschnationalen und dem habsburgischen Reichsregierungsparieten und der SPD, mit folgenden Worten ab: „Die deutsche Delegation ist bereit, die Reparationsfrage zu geben, daß das deutsche Volk, wenn es sich Arbeit und Tapferkeit, auf der Grundlage des Londoner Abkommens unter lebenswichtigen Bedingungen endlich, endlich seinen Widerstand gegen den Weltfrieden aufheben wird.“

## Stresemann (Außenminister)

erklärt: Man solle doch einmal die vorgedachte internationale Situation ins Auge fassen. Herrriot habe vorher mit MacDonald schriftlich vereinbart, daß in der Konferenz die Räumung des Ruhrgebietes nicht erteilt werden dürfe. Jetzt sei Herrriot in der französischen Kammer vorgemeldet worden, er habe kein Verprechen nicht gehalten. Bei einer solchen Situation sei es nicht lo schicklich, verständlich gewesen, die deutsche Delegation erklärt habe: „Die Ruhr muß geräumt werden, sonst fahren wir ab.“ (Annullum im Saal.) Bei dieser Frage hätte sie sich auf das Sachverständigen-gutachten nicht beziehen können, daher habe sie (die Delegation) schriftlich zwei Fragen für unlosbar verbunden mit der Konferenz-debatte bezeichnet, erste sei der Fortfall der französisch-belgischen Regie und zweitens die Räumung der Ruhr. MacDonald habe erklärt, darüber müße die deutsche Delegation mit der französischen und belgischen Regierung ins Benehmen stehen. Herrriot antwortete, dazu brauche er die Zustimmung seines Ministeriums. Als Herrriot mit dem Versprechen der militärischen Räumung in einem Ruhepause zurückkommen sei, habe die deutsche Delegation diesen Termin für unmöglich erklärt. Mit dem französischen Sachverständigen habe die Delegation eine Verpöschung über die künftigen handelspolitischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland gehabt; bei den deutschen Industriellen getreffe die Meinung, daß darüber schon mehrere Abmachungen getroffen seien, das sei aber unrichtig. Was darüber von dem französischen Handelsminister vorgebracht worden (die Vereinbarung zwischen der deutschen und französischen Schmelzindustrie), hätte auch in die Beziehungen zu den anderen Ländern schwer eingegriffen. (Zustimmung der Deutschnationalen.) Herrriot sei einseitig seinem Ministerat verantwortlich, daher dürfe man ihn absolut nicht trauen, andererseits sei

Herrriot „der harmloseste Mann“.

Die Erklärung der deutschen Delegation hatte auf Herrriot großen Einbruch gemacht. Die deutsche Delegation habe so gesprochen: Die „Weiterentenden in Deutschland“ würden eine gewisse Nachgiebigkeit in bezug auf den Räumungstermin lieber haben, als für künftige handelspolitische Verhandlungen und Wirtschaftsmöglichkeiten die Räumung zu verhindern.

Das Londoner Programm und Abkommen seuge nicht von polen-caristischem Geist. (Jurufe der Kommunisten, auf die Stresemann erwidert, er möchte nicht in der Haut der Kommunisten stehen.) Eine bedeutende Frage sei die Räumung des Sanctionsgebietes; Herrriot habe in der letzten Kammerung erklärt, daß man die Räumung bis zum 15. August, im Falle der Ablehnung, solle Deutschland den Vertrag treulich erfüllen; allerdings brauche die Räumung nicht in Aussicht genommen zu werden. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Aber die Durchführung der deutschen

Leistungen beginne ja erst im zweiten Jahr, obwohl man die Erfüllungen des Herrriots nicht überlassen dürfe. Der Kampf um die bestmögliche Befreiung des Ruhrgebietes sei mit der Londoner Konferenz noch nicht beendet. (Gelächter, Weißel bei der Mitte.) Bei einer solchen Lage dürfe man die deutsche Delegation doch nicht als „Mmecht!“ bezeichnet werden. Andernfalls hätte es die in der nächsten Folge gegeben, die Erzeugung der Konferenz hätte man nicht veranlassen können. Die Stellung der Reparationskommission sei jetzt völlig verändert durch die Sigmund-jung eines amerikanischen Bürgers.

Von kommunistischer Seite sei gesagt worden, daß Ameri-lancer je noch schlimmer als die französischen Generale — es möge sich hier erkundigen, wie die Kommunisten sagen, um Kapitulation. Zum ersten Male habe die

aber die Schaffung dieser Zusammenhänge bedeute die Interessierung des Gläubigers am Schuldner. (Kommunistische Rufe: „Das Interesse des Wofes an seiner Beute!“)

Auch die Sanctionsfrage ist jetzt durch den Schiedsgerichts-gutachten ganz anders geregelt, und es in Deutschland Wirtschaft interessenhaft werden Sanctionsmaßnahmen gegen ihr eigenes Land nicht dulden. Er würde der Opposition bei ihrem Glauben an bessere Erfolge durch eine Regierung die Ehrlichkeit nicht abprechen, aber auch die Verbesserungen wären nur im Rahmen des abgeschlossenen Vertrags möglich und zunächst seien mindestens viele Monate für die ausgenutzte Situation verloren. lo daß selbst eine so große wirtschaftliche Verbesserung in Westdeutschland eine Verschlechterung bedeute. Man solle nicht glauben, daß die Nationen sich wieder lo einfach an einen Tisch zusammensetzen würden, falls man ablehne. Man dürfe den Geist von London nicht verlassen. — Man besäide die Annahme als Verwirklichung Deutschlands und als Ausnahme der Sanctionsmaßnahmen, aber unter der Regierung Gumb habe man doch schon die Stellung der Industrie und Reichsbank angeboten. Und wenn nun

Deutschland insagant zur Reparationsprovinz werde, lo sei eben die Erfüllung des Spezialabkommens durch das Generalabkommen ein „illicites Völlig“ gegenüber dem deutschen Volk. (Stürmische Protokollrufe bei den Kommunisten: „Ihr Deutsche! Ihr Jüdischer!“)

Genosse Kag verlangt sofortige Bezeichnung der Regierungserklärung.

Walfraf läßt über den zweiten Punkt der Tagesordnung, den Bericht des Genossen Schwab, seinen Mund nicht abtun. Sämtliche Parteien von der SPD bis zum ganz links, mit Ausnahme einiger Nationalsozialisten, lehnen den Einpruch ab. Während am Vortage Walfraf vom ganzen Reichstagsrat fallen gelassen worden war, macht die Mitte jetzt durch diese Abtötung einen tiefen Zustich vor den Sozialisten und ihren Walfraf, der „Genossenschaft“ in die Delegationen vorzulegen, auf ihrem Wege zur Annahme des Londoner Diktats. (Große Empörung bei den Kommunisten, die den Sozialdemokraten zuzufeu: „Ihr Feiglinge! Was habt Ihr denn im Vorwärtse geirreicht?“) „Zur Geschlossenheit nach Herr (Demokrat). Er gibt im Namen des Schatz und Wirtschaftlichen Reichs, der Wirtschaftsvoritz und der Demokraten die Erklärung ab, daß die Parteien einmütig jede Maßnahme des Präsidenten gegen Störungen verurteilen und unterstützen. (Sturm bei den Kommunisten: „Schupo! Schupo!“)

Schwab (Mitl) erklärt das Einverständnis seiner Partei damit. Der Walfraf sei nicht (Genr. Wofsch) ebenfalls; ein Parlament könne nur existieren, wenn es „Schupo hat!“ seine Rechte wahr; Störungen seien Sünde am Parlament. („Schupo! Schupo!“)

Darauf erklärt Walfraf, nach dieser Beilegung aller Zweifel dürfe die Mehrheit werde er künftig danach verfahren. (Wütende Empörung der Kommunisten: „Schupo! Schupo!“)

Genosse Kag: Nachdem die Mittelparteien und die Deutschnationalen den Gummittipp verlangt haben, wurden wir uns, daß auch die SPD, noch nicht zugiebig hat. Der geistige Vorfall war kein Verfall der Kommunisten, sondern des Präsidenten, weil die ganze Presse heute schiefel, auch fast Geschlossenheit der Parteien und deren Unterstützung die Verpöschung zu sehen kann, hat der Präsident vorhin meiner Forderung nicht stattgegeben. Wir Kommunisten erklären unabweislich, daß wir von allen Diktationsmitteln vollen Gebrauch machen werden. Es angebrochen Maßnahmen werden uns nicht. Golen Sie doch Schwab und Walfraf! Wir werden nicht weichen. Ihre angebliche Demokratie ist nur eine Sülle für die Diktatur einer Schieberbande! (Weißel und Klatschen bei den Kommunisten und auf einem Zeit der Tribünen.)

Walfraf schließt vor: Nächste Sitzung Montag 12 Uhr mit Tagesordnung: Verpöschung der Regierungserklärung, erste und zweite Beratung des Dames-Gesetzes. Die Sozialisten wollen auch die Jollorlage sofort auf die Tagesordnung gesetzt wissen. Genosse Kag beantragt, die kommunistischen Anträge und Interpellationen, vor allem das Sozialversicherungsgesetz als das Sachverständigen-gutachten des Protokollrats, ferner die Anträge gegen die Arbeitsbeschränkung und gegen die Verpöschung zu lesen und protestiert gegen die Vornahme der zweiten Lesung schon am Montag.

Walfraf von der SPD, hat die Freiheit, das Sozialversicherungsgesetz für einen „ganz gemeinen Wofsch“ zu erklären. Früher pflegten die Junker die Sozialversicherungsgesetze der alten Sozialdemokratie zu lesen und zu beschließen. Bei der Abstimmung wird gegen die Kommunisten, Deutschnationalen und Wofschigen die von Walfraf vorgezogene Tagesordnung beschlossen.

## Berschwörer und Revolutionäre

27) Von Michael Kaniowski

— Ja, wenn wir so tief greifen wollen... — brammte unwillig der Geliebte.

— Sie, verehrter Herr, bleiben lieber an der Oberfläche. Na ja, dann entleert die Zeit aus der Uhr, nicht wahr? Aber selbst da kommen Sie ohne den Uhrmacher nicht aus.

— Mit anderen Worten, sind Sie der Meinung — rief der Geliebte — die Wissenschaften seien überflüssig, es genüge Holz zu hacken.

— Na, meine Herren! Derselben Meinung ist auch unser beiläufiger Enkel.

— Mein lieber Herr! — sagte ihm darauf Copriano — ich verbitte mir dieser kindische Argumente. Von Wissenschaften habe ich kein Wort gehört; ich sprach von den Parafisten der Wissenschaft.

— Wo liegen Sie losgef? —

— Ueberall! Vor kurzen Unparafisten gibt es überhaupt nur Parafisten. Eine einzige Generation, die sich wirklich das, was die Wissenschaft erobert hat, aneignet und die Welt nicht mehr lo aus, wie sie hat ausgeh.

— Derselbe lagen wir auch! — meinte der Biologe.

— Das ist nicht wahr! Das jagt ihr nicht, denn ihr seid das einzige Sündensystem zwischen der Naive und der Wissenschaft. Wie die Eltern werth ihr euch auf die Wissenschaft!

— Der ordentliche „Bürger“ sieht sich nicht unter uns —

— Den Glauben muß man dem Volke erhalten — sagte ein liberaler Herr.

— Weshalb das? — fragte Wofschoff zitternd vor Wut.

— Das ist doch klar! — meinte der seine Mann. — Der Glaube kräftigt im Glauben und ist eine Stütze der Moral.

— Ja, mein verehrter Herr, was Sie jetzt immer der Meinung, daß er das Volk erhalte.

— In einzelnen Fällen — verurteilte der liberale Beisugende.

— Wie das, mein gnädiges Fräulein! Befiehlt er uns nicht im Gegenteil, zu dulden und zu entsagen?

— Weder das eine noch das andere ist ohne weiteres eine Tugend! Aber es handelt sich auch nicht darum. Haben Sie hingegen jemals einen Arbeiter gesehen, wie der bereit? Er glaubt doch wirklich, daß das nicht ihn und seine Arbeiter angeht, sondern eine Angelegenheit ist, die zwischen ihm und Gott geregelt wird.

— Ohne das — sagte der Herr — wäre es vielleicht schlimmer.

— Mein, besser! Man soll es nur klar hinstellen! Wir oder er!

— Das ist aber Empörung — rief der Herr — und damit, meine Herren, wollen Sie ins Volk geben? Lassen Sie es lieber in Ruhe.

— Wir wollen aus dem Leben unseres Volkes allen Dreck und alles Elend seggen — gab ich ihm zurück —, den Uberglauben wird es dann selbst hinauswerfen.

Der Herr grühte mich nicht mehr auf der Straße.

Ich hatte der Gifer verjüngt, der in die Fremde. Bei uns kam man meistens abends zuhause. Wegen meiner dunklen Haut nannten sie mich Scharf. Der Scharf und die weiße Prinzessin hieß unser Haus.

An einem dieser Abende schmette plötzlich in unseren Kreis mein Onkel ein. Er hatte irgendwem unsehr Erfolge erfahren und sich vorgenommen, eine patriotische Mission und einen familiären Bekehrungsversuch zu machen. Er hatte eine alte Gesellschaft, die bei uns vorand, und schlugte er als vollendetem Weltmann zu präsentieren, aber niemand achtete belonders auf ihn.

Copriano begann wieder der begonnenen Gedanken weiterzuentwickeln.

Mein Onkel sah wie auf glühenden Kohlen. Schließlich fragte er die, wann er sich ungekürzt predigen könne.

— Copriano, Wofschoff, Na und die anderen wollten deshalb aufstehen.

— Geht doch ins Nebenzimmer! — bat ich. — Hier gibt es doch keine Geheimnisse.

— Ja, hat Da um ein Gelehrd! — sagte mein Onkel.

— Wir haben unter uns keine Geheimnisse! — antwortete ihm die.

— Bitte zu bedenken, daß ich welche haben kann — drängte er.

— Dann muß ich verzeihen Sie kennenzulernen — sagte sie.

— So, so! auch dann, wenn Du erfahren solltest, daß es sich um Deine sterbende Mutter handelt.

Das war eine Blöde, denn wir hatten zwei Tage vorher einen Brief von ihr erhalten, in dem sie anzeigte, daß es ihr gut ginge.

Ich zitterte vor Wut, Da war mir.

— Onkelchen! — sagte ich. — Sie haben das Bild der Bruder meines Vaters zu sein, ein alter Mann — ich will deshalb nicht lügen, was Sie eben getan haben.

— Geht mich auch sehr wenig an! — antwortete der alte Herr gedäff.

Das Urteil eines Menschen, der in seinem eigenen Hause eine arme Verwandte verfürzt... Das war schon zuviel.

— Still — rief ich. — Kein Wort mehr, ich garantiere sonst nicht für mich.

Mein Onkel verließ das Zimmer, nachdem er uns den ganzen Abend vorher noch seine „Wofsch“ und eine Menge Blöde und Verleumdungen angesetzt hatte, denn einige Tage später erlitten Das Mutter dei uns.

Es gab einen fürchterlichen Wofsch. Meine Tante zitterte und fiel in Ohnmacht. Nach einer Stunde hatte sie sich vollständig erholt und man konnte mit ihr sprechen.

Es waren hauptsächlich zwei Dinge, um die sie handelte, erstens unter Zusammenhoben ohne Trennung und dann unter Glaube. Es gelang uns nicht, sie zu überzeugen, aber wir brachten sie schließlich lo weit, uns zu verstehen.

— Und was willst Du dann tun? — fragte sie ihre Tochter. Was Sie dann erfuhr, daß Da wahrhaftig mit Wera noch Tula in eine Fabrik gehen sollte, war sie sich auf die Lippen.

— Und was dar? — fragte sie.

— Um nicht zu lügen! — antwortete Da kurz.

Am besten hätte es Wera verstanden, daß mit der Tante zu verhandeln. Sie lernte sie zufällig bei uns kennen und brachte meine Tante lo weit, daß sie von unseren Plänen mit einer gewissen Aufregung sprach. Sie fuhr ebenfalls ziemlich beherzt gegen uns auf und wurde selbst noch ruhiger und leiteter. Der Bräutigam kam und wir begannen hinauszuführen, eben nach meiner Bestimmung. (Fortsetzung folgt.)









Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegt, teils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird. So rekrutiert sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung. Kommunistisches Manifest.

**Zur Aufwertungsfrage**

C. St. Es ist ein Gesetz der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, daß zwischen den beiden großen Gesellschaftsklassen: Bourgeoisie und Proletariat liegende Mittelklasse (die sogenannten Kleinen) zerbröckelt und proletariert wird. Dieser Prozeß setzt mit der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise etc. in Deutschland brechen die vierzig und fünfzig Jahre des vorigen Jahrhunderts neben Verelendung der Arbeiterklasse auch die erste große Krise des Mittelstandes. Und gleichzeitig traten Propheten und soziale Quacksalber auf, die Alibiemittel zur Rettung des kleinen Mannes anboten. Dahin gehört beispielsweise in den sechziger Jahren das

Genossenschaftssystem eines Schulz-Delitzsch, der ursprünglich sogar aus einem Proleten einen Kapitalisten machen wollte und später sich darauf beschränkte, in erster Linie die Kleinproduzenten (Handwerksmeister usw.) vor der Entwertung durch die großkapitalistische Produktionsweise zu schützen und sie durch genossenschaftliche Zusammenfassung zu Großproduzenten zu machen.

Auch die Sozialpolitik des Kaiserreiches ist auf diese Linie eingestellt — die Mittelklasse wird mit feinen Phrasenwall als die „Grundlage des Staates“ gepriesen. Diese Mittelstandspolitik spiegelt sich auch selbst in der gegen die Arbeiterklasse betriebenen Sozialpolitik wieder. So wurde beispielsweise in der Sozialversicherung die Trennung in Arbeiter- und Angestelltenversicherung betrieben in der Absicht, die Angestelltenschaft als zum Mittelstand gehörig auf der Arbeitnehmerbewegung herauszulösen und sie gegen die Arbeiterarbeit auszuspielen, wie überhaupt in der kaiserlichen Sozialpolitik der Mittelstand als Schutzwall für die herrschende Feudal- und Bourgeoisie gedacht war.

Alle diese Bestrebungen haben den Zerfallsprozeß der Mittelständlichen nicht aufhalten können. Schulz-Delitzsch's Versuch, den handwerksmäßigen Kleinbetrieb durch genossenschaftliche Zusammenarbeit als vorherrschende Wirtschaftsorganisation aufrechtzuerhalten, hat den Siegeszug des kapitalistischen Großbetriebes nicht gehindert. Ebenso wenig hat die Züchtung einer mittelständlerischen Ideologie durch die Züchtung einer politik des Kaiserreiches dem kleinen Mann bessere Lebensverhältnisse, geschweige denn wirtschaftliche Unabhängigkeit gebracht.

Zwar versucht man auch in der bürgerlichen Republik von heute die mittelständlerische Ideologie zu erhalten (Volksgemeinschaftspropaganda, Faschismus), aber das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Krieg und Inflationszeit dem deutschen Mittelstand den Rest gegeben haben. Diese Propaganda hat lediglich den Zweck, zu verhindern, daß sich der proletarische Mittelstand seiner tatsächlichen Lage bewußt macht und sich dem großen Proletariatierher anschließt.

In Wirklichkeit hat die deutsche demokratische Republik den Raubzug des Industrie-, Agrar- und Finanzkapitals gegen den Mittelstand unterstutzt und noch nachträglich begünstigt durch die rühmlichst bekannte „Kriegsrente“ vorordnen und die Opfer der Inflation, die dem Hunger und Elend preisgegeben, jahrelang von Armen-, Kassen-Unterstützungen lebten, brachte diese Verordnung eine 15prozentige Aufwertung ihrer Sparanlagen, Hypotheken, Buchschulden, Obligationen usw., d. h. einen Betrug.

Ein Sturm der Entrüstung der exproprierten Sparer, Hypothekengläubiger, Obligationeninhaber brach los. Um nun die Stimmen der Mittelständler zu erhalten, haben die bürgerlichen Parteien vor der Reichstagswahl alle möglichen Versprechungen in bezug auf Aufwertung gegeben — vor allem die Deutschnationalen. Um die Wählerstimmen nicht rebellisch zu machen, haben die Deutschnationalen im Reichstag einen verschwommenen Antrag gestellt, der ganz allgemein eine

**„angemessene“ Aufwertung**

verlangt. Auch die anderen bürgerlichen Parteien haben plötzlich ihr soziales Herz entdeckt, aber auch ihre Kopf nicht verloren, wie die Debatten im Aufwertungsausschuß des Reichstages zeigen. Zunächst einmal sollten die Interessenten gehört werden. Dazu gehören die Spar- und Hypothekengläubiger, Obligationeninhaber, also die Inflationsopfer, auf der anderen Seite die Inflationsgewinner, die Landbesitzer, die Industrie, die Banken und der Handel, außerdem der Hausbesitz.

Vertreter der Industrie und Landwirtschaft haben inzwischen dem Reichstagsausschuß ihre Meinung gesagt. „In freimütiger und überzeugender Weise“ — so heißt es im „Berliner Tageblatt“ — kam in den Ausführungen des Industrievertreters zum Ausdruck, daß für die Industrie eine Erhöhung der Aufwertungssätze untragbar sei.

Die deutschnationalen Vertreter des agrarischen Großkapitals haben dasselbe Nein verklausuliert ausgesprochen. Sie erklärten nämlich, daß sie bereit seien aufzutreten, aber bei der heutigen „Notlage“ der Landwirtschaft sei das unmöglich, es sei denn, daß die Landwirtschaft Schutzzölle, Frachtminderungen, Verminderung der Steuerlasten und billige öffentliche Kredite erhält.

Was würde das für den Mittelstand bedeuten? Es würde bedeuten Brotverwertung, Verwertung allen Lebensbedarfs und höherer Steuerlasten, wird es nicht bedeuten, daß die höheren Aufwertungssätze von ihnen und den gesamten Werktätigen getragen werden. Aber auch das war nur eine Geste der Landwirtschaft, denn ihre Wünsche in bezug auf Schutzzölle, Steuerverminderung, billige Kredite werden in nächster Zeit von der Regierung als Preis für die Annahme des nachverdingungsgutachten ja doch abgelehnt werden. Wenn sie dann verlangt, dann wird das glatte Nein der Industrie auch die Antwort des Agrarkapitals sein.

Durch die Inflation haben sich auch das Reich und die Länder aller Schulden aus Kriegs- und Vorkriegszeit entledigt. Die Reichsregierung lehnt nach wie vor jede Aufwertung der Staats- und Reichsanleihen als für die Reichsfinanzen untragbar ab.

Eine Aufwertung der Reichs-, Kriegs- und Kommunalanleihen ist tatsächlich ohne neue Steuern unmöglich. Neben den Lasten, die die breiten Massen schon tragen und der, die ihrer aus dem Sachverständigenrat, ist aber eine weitere Steuererhebung doch glatt ausgeschlossen.

Es gibt nur die Möglichkeit, die besonders krassen Fälle des Elends, die bei Krankheit und Arbeitsunfähigkeit entstehen, die das Alter und die in Berufsausbildung begriffenen Jugendlichen treffen, abzuhelfen. Die Kommunisten haben einen

entsprechenden Antrag im Aufwertungsausschuß eingereicht, der verlangt, daß diesen eine Dauerrente bis zu ihrem Lebensende bzw. bis zur Beendigung der Berufstätigkeit zu zahlen ist.

Große Teile des Mittelstandes glauben aber noch immer den sozialen Phrasen der bürgerlichen Parteien, sie hoffen noch immer ihren „Rechtsstandpunkt“ durchzusetzen, hoffen ihr Vermögen und damit die wirtschaftliche und politische Geltung sich zurückzubehalten. Sie sind in der Lage, die Alltagsmittel, Organisation ihrer Interessen, d. h. sie gründen Vereine, schließen jetzt Vereine der Sparer und Hypothekengläubiger usw. aus dem Boden, die die Mittelständler aufrufen, um ihr „gutes Recht“ zu kämpfen. Ein vergeblicher Kampf, weil eine vollständige oder auch teilweise Aufwertung eine Rückwärts-Revidierung eines unabänderlichen ökonomischen Prozesses bedeuten würde. Die Anhebung von Kapital auf der einen Seite und die Proletarisierung breiter Schichten auf der anderen sind unabänderliche Gesetze des kapitalistischen Systems, gegen die keine Aufhebung, keine Interessensorganisation helfen.

Plastisch beschreibt Marx den Kampf des Mittelstandes gegen das Großkapital im Kommunistischen Manifest. Da heißt es: „Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Weltgeschichte zurückzudrehen.“

Das Rad der Weltgeschichte läßt sich aber nicht zurückdrehen, auch in der Aufwertungsfrage nicht. Dessen muß sich der Mittelstand bewußt werden. Es ist in der kapitalistischen Wirtschaft unmöglich, zerstörte Gesellschaftsschichten wieder aufzubauen, es ist unmöglich, in Deutschland zu den gesellschaftlichen Zuständen von 1890 oder 1914 zurückzukehren. Der soziale Prozeß streift die neuen Formen des menschlichen Zusammenlebens zu. Diese neuen Formen aber werden getragen von der neu heraufsteigenden Klasse, vom Proletariat. Die ehemaligen Mittelständler, die heute zum Proletariat gehören, haben keinen anderen positiven Ausweg aus dem Elend, als dem Anschluß an den proletarischen Befreiungskampf, der zum Sturz des Kapitalismus führt. Nur auf diese Weise können die Mittelständler sich selbst und allen anderen Ausgebüteten ein menschenwürdiges Dasein verschaffen.

**Wer an der „Aufwertung“ profitiert**

Seit einiger Zeit ist auf den deutschen und ausländischen Börsen eine Kursstreberei in deutschen Anleihepapieren (Papiermarkt) beobachtet worden. Trotz Formaler Erklärung der Reichsregierung und der preussischen Regierung, daß sie keine Anleihen aufkauften und daß auch keine Aussicht auf eine Aufwertung vorhanden, ist diese Entwicklung auf der Börse nicht abgeblaut. Der Grund dafür ist, daß einer geschickten Aufwertungspropaganda, die im großen Mittelstand, es gelungen ist, im großen Publikum Hoffnungen auf eine baldige Aufwertung zu erwecken. Die Börsenspekulanten sind es, die die Aufwertungspropaganda machen und ausnützen. Eine bürgerliche Zeitung, der „Montag Morgen“, weist darauf hin, „daß das Hauptinteresse an einer Aufwertung der öffentlichen Anleihen heute nicht mehr die Rentner, Sparer und Kleinrentner sind, sondern die vielfach aus Not längst den größten Teil ihres Besitzes zu lächerlich niedrigen Kursen haben verkaufen müssen, sondern die Großspekulanten, die diese Nonvaleurs (wertlosen Papiere, D. Red.) von ihren ursprünglichen Inhabern um ein Butterbrot erworben haben, in der Hoffnung, durch eine Aufwertung erhebliche Gewinne zu erzielen. Die Kosten einer solchen Aufwertung, die in der Hauptsache den Spekulanten gewaltig mühselige Gewinne zuführen würde, hätte die Allgemeinheit in Gestalt höherer Steuerlasten zu tragen. Die „Entrechteten“, die Opfer der Geldentwertung, bilden heute die Gruppe in der Normandie, die Sturmbock für ganz andere Interessenkreise.“

Die kleinen Sparer, Rentner usw. haben vielfach, von diesem Aufwertungsschwindel betauscht, ihre zu einem Spottgeld abgestoßen Papiere zu den jetzigen rein spekulativen Preisen zurückgekauft, haben also das Profitaufwärt der Großspekulanten bezahlt. Einer der Hauptkäufer von Anleihen ist ein gewisser Michael Inhaber des Michael-Konzerns. Michael verfügt in dieser Zeit der Geldknappheit über riesige Barbeträge, die er zum Aufbau eines Konzerns und zu sonstigen Geschäften benutzt. Wie es heißt, hat er sein Paket billig zusammengekauft Staatsanleihen zu dem jetzigen erhöhten Kurs der Reichskass zum Kauf angeboten, um auf diese Weise mühseligen Gewinn einzuzehmen. Michael hat also auf seine Art „aufgewertet“.

**Neue Verbindung von Ruhrkohle und französischem Erz?**

s-n. Wenn man von der Verbindung zwischen Ruhrkohle und französischem Erz spricht, so meint man gewöhnlich unter letzterem das lothringische Erzecken und seine Schwerindustrie. Neuerdings werden aber noch andere französische Erzgruben genannt, nämlich die vor dem Kriege dem Großindustriellen von Vesons gehörigen Erzgruben in der Normandie. Wenn wir recht erinnern, sind diese Erze im Kriege zu dem jetzt noch viel zu kostspieligen Basset-Verfahren (elektrische Stahlgewinnung direkt aus dem Erz, unter Umgehung des Hochofens) benutzt worden. Jetzt möchten die kapitalistischen Interessenten dieses Gebietes eine Neubelebung der industriellen Tätigkeit in der Normandie herbeiführen, und die dortige Handelskammer wünscht, daß das normannische Erz ebenso beim Austausch mit Ruhrkohle berücksichtigt werden soll wie das lothringische. Auf den zu erwartenden Aufschwung bereitet man sich schon jetzt vor, indem sich ein Konsortium von Gruben gebildet hat, um den Hafen von Caen zu einem reichhaltigen Erzverladehafen auszubauen. Auch die Zubringerlinien der Eisenbahn sollen leistungsfähiger gestaltet werden.

Der französische Kapitalismus macht, wie auch diese Meldung beweist, erhebliche Anstrengungen, seine industrielle Rückständigkeit wettzumachen. Die französische Wirtschaft ist von dem etwa ein Drittel bei Deutschland verbliebenen Zwickelfeld eingetrennt: Umformung des vorwiegend agrarischen und rontenrischen Landes zu einem Industrieland. Die Wirkung auf die soziale Schichtung (Vermehrung des Proletariats durch Proletarisierung der bürgerlichen und städtischen Mittelschichten) wird nicht ausbleiben.

**Der Steinkohlenvorrat Deutschlands**

Nach ziemlich zuverlässigen Schätzungen betrug der Gesamtkohlenvorrat vor dem Kriege im Ruhrbecken etwa 215 Milliarden To., das linksrheinische Steinkohlegebiet (Moers) hatte einen Vorrat von 10,5 Milliarden, in dem oberrieschen Kohlenbecken von dem etwa ein Drittel bei Deutschland verbliebenen Zwickelfeld etwa 166 Milliarden To. abzubauen Steinkohle, während das niedersächsische Kohlenvorkommen (Waldenburger Revier) sich auf 42 Mill. To. beläuft. Das Saarbecken hat ein Lager, das 16,5 Milliarden To. aufweist.

Diese Vorräte würden bei einer Förderung im heutigen Umfang für einen Zeitraum von mehr als 1000 Jahre genügen. Zweifellos wird nach Sozialisierung der Wirtschaft die heutige ungeheure Verschwendung der Kohle (z. B. für Heizzwecke) nicht mehr betrieben und andere Kraftquellen erschlossen werden, so daß die Steinkohle für wichtigere Zwecke verwandt wird. An eine Erschöpfung der Kohlenvorräte ist dann nicht mehr zu denken.

**Ausdehnung des Barmat-Konzerns**

s-n. Der Barmat-Konzern, über dessen Aufbau hier schon eingehend berichtet worden, kündigt eine straffe Durchgliederung seiner Konzernwerke und Verbindung untereinander im Sinne vertikalen Aufbaus (vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt) an.

Zunächst seien einige Neuerwerbungen vermerkt. Die Textilinteressen sind erweitert worden durch den Erwerb der Aktienmehrheit des Textilunternehmens C. G. Förster A.-G. in Neusalza-Spremberg, sowie der der Seidenweberei S. Heymann A.-G. in Ostritz. Ferner hat die Barmat-Gruppe maßgebenden Einfluß auf die Motorenfabrik Greifswerk vorm. P. Kohl A.-G. in Mannheim und die Firma Schneidmühl Co. A.-G. Fabrik elektr. Artikel in Heidelberg gewonnen.

Hierher gehört auch die Verbindung mit dem Kellner-Konzern (Walter Kellner A.-G., Lippische Werke A.-G., Vereinigte Textil-Werke Mann u. Reinhardt A.-G.), nachdem vor einiger Zeit die schwedische Aktiengruppe (Siro) der größten Teil ihres Aktienbesitzes am Kellner-Konzern abgestoßen hatte. Auch die Papier- und Kartonagenfabrik Kötterwitz ist in den Konzern einbezogen worden.

Den verschiedenen zum Konzern gehörigen Bankunternehmungen werden nunnur bestimmte Aufgaben zugewiesen. Interessant ist die Deutsche Merkurbank in Gießen, die mit den deutschen Interessen des Konzerns befaßt (Neuerwerbungen von Aktienpaketen, Finanzierung der deutschen Betriebe, Börseneinführung von Aktien der Konzernfirmen, Kursregulierung der im Börsenhandel befindlichen Aktien). Für die ausländischen Interessen ist in Amsterdam, wo sich auch die Konzernspitze (Dreckselschaft) die Allgemeine Export und Import Handelsbank (Amexima) befindet, die Allgemeine Handelsbank A.-G. gegründet worden, die die gesamten ausländischen Transaktionen kontrollieren soll, wie überhaupt in Amsterdam sich der Schwerpunkt des Exportgeschäftes befindet.

Die Beteiligung des Konzerns in der Kreditvergewährung soll bedeutende Erweiterungen erfahren, und zwar ist der systematische Ausbau der Kreditbeteiligung in einer Weise geplant, die es dem Konzern ermöglicht, größere Kredite an kapitalistische Firmen zu geben, ohne selbst an dem Risiko beteiligt zu sein. Der Konzern bedient sich hierbei der Aktien der deutschen und ausländischen Versicherungsgesellschaften einzugehen. Es wird die Aufgabe dieses Instituts sein, beim Barmat-Konzern einflußreichere Kreditgeschäfte unter Heranziehung der Konzern ebenfalls nahestehenden internationalen Auskunftsagenten zu prüfen, und bei Kreditbewilligungen gleichzeitig Rücksicht zu nehmen auf die Beziehungen der deutschen und ausländischen Versicherungsgesellschaften einzugehen.

Schließlich ist ein Ausbau des Vertriebes von Pfandbriefen und Obligationen im Anschluß an den kürzlich erfolgten Erwerb der Majorität der Preussischen Hypothekendarlehenbank A.-G. in Berlin geplant. Man beabsichtigt, zu diesem Zweck eine Vertretung in Amsterdam zu gründen, um bestehende Beziehungen mit dem Auslande, insbesondere mit England und Amerika, auszunutzen.

Das Abrechnungsverfahren unter den im Geschäftsverkehr miteinander stehenden deutschen Firmen des Konzerns soll durch die Ausgabe von Gutscheinen vereinfacht werden. Die Firmen wählten zufällig, so zeigt sich, daß die Konzernleitung sich dem Stadium des wahllosen Durcheinander zu einem geordneten Aufbau in produktionsstechnischer Beziehung nach dem Muster der anderen großen Konzerns zu gelangen. Daß der Schwerpunkt des hochentwickelten Exportgeschäftes wie überhaupt des Konzerns bei der holländischen Amexima liegt, ist ein neuer Beweis für die Kapitalflucht- und Steuerhinterziehungsmöglichkeiten, die sich solchen Riesenunternehmungen bieten.

**Deutsche Kunstseidenfabriken produzieren in Ungarn**

So wie Herr Krupp in Spanien, die AEG. auf dem Balkan, Stinnes in der ganzen Welt durch Errichtung von Fabriken die Produktion im Auslande fördern, während sie die deutsche durch Betriebsstilllegungen sabotieren, machen es auch die Textilbranche in Ungarn nicht unbekannt, daß die Kunstseidenfabrik Schützungen G.m.b.H. gemeinsam mit der Diskontogesellschaft und ungarischen Banken die Gründung einer Kunstseidenfabrik in Ungarisch-Altenburg (Magyazovar) vorgenommen hat. Die Fabrik sei, so teilt der „Konfektionär“ mit, noch nicht fertig, aber schon liegen umfangreiche Aufträge für das Werk vor, so daß die Betriebsaufnahme beschleunigt erfolgen soll.

Was ist der Sinn dieser Produktionsabwanderung? In den Ländern unentwickelter kapitalistischer Produktion sind die Arbeitskräfte billiger; um diese billigeren ungarischen „Hände“ auszunutzen, ist international, es geht nicht anders. Das Kapital ist durchaus nicht darum, daß über 65 Prozent der deutschen Textilfabrikation dem Elend der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit preisgegeben sind.

Die Arbeiterschaft muß daraus lernen, ihren Kampf gegen das Kapital auf breiter internationaler Basis zu führen.

**Keine Teilnahme Rußlands an der Leipziger Messe**

Da die Erledigung des deutsch-russischen Konflikts sich so lange hinausgezögert hat, ist es der Berliner Handelsvertretergesellschaft Rußlands nicht möglich, an der Leipziger Messe sich zu beteiligen, da die Zeit für die notwendigen Vorbereitungen zu vorgerückt ist. An der im September stattfindenden Kölner Messe ist eine Beteiligung Rußlands beschlossen.

Die auch infolge des deutsch-russischen Zwischenfalls abgestaute Rauchwarenauktion in Leipzig soll in den nächsten Wochen stattfinden und damit wohl dem fühlbaren Rohstoffmangel in den Rauchwarenzurichtereien abhelfen.

**Notizen**

Der Finanzkonzern Michael stellt der Maschinenbau A.-G. Balcke, Bochum, größere Kredite zur Verfügung. Diese Kredite sind überall die Lage der mittleren Firmen ausgenutzt, um sie in die großen Konzerne einzugliedern.

In dem mit Juni endenden Jahre haben die Vereinigten Staaten Getreide und Getreideprodukte im Werte von nur 245 Mill. Dollars ausgeführt gegen 451 Mill. im Vorjahre. Die Ausfuhr ist also um fast die Hälfte zurückgegangen.

Die amerikanischen Farmer werden ihr Getreide nicht etwa deswegen nicht los, weil abolut zuviel Getreide in der Welt erzeugt wird (d. h. gemessen an der Bevölkerung), sondern, weil die kapitalistische Gesellschaftsordnung die Kaufkraft der breiten Massen immer mehr einschränkt.

Der Stinnes-Konzern dehnt sich unauflöslieh aus. Hugo Stinnes in Mülheim hat eine maßgebende Beteiligung an der Firma Altkorbecht, Duisburg, in Berlin, erworben. Die Kündigung des Ruhrkohlen Syndikats zum 1. Oktober, über dessen Krise wir schon berichteten, ist von der Zechenbesitzerversammlung beschlossen worden.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres hat der amerikanische Automobilkönig Ford weit über eine Million Autos verkauft. Trotz der in Amerika herrschenden Wirtschaftskrise sind fast 150 000 Wagen in diesem Halbjahr mehr verkauft worden als im Vorjahr.